

Antworten auf die Wahlprüfsteine von Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ anlässlich der Bundestagswahl 2021



1) Welche bildungsbezogenen Herausforderungen, die sich aus den Transformationsprozessen im Kontext digitaler Medien (vgl. Frankfurt-Dreieck) ergeben, sehen Sie als besonders wichtig an und wie werden Sie ihnen begegnen?

Die Teilhabe an politischen, kulturellen und ökonomischen Prozessen innerhalb der Gesellschaft ist für uns das eigentliche Ziel von Medienkompetenz. Wir GRÜNE halten insofern alle drei Seiten des Frankfurt-Dreiecks für wichtig. Eine Kenntnis der technologischen Strukturen und Funktionen allein reicht nicht aus, es kommt auch auf ein Bewusstsein für deren gesellschaftliche und kulturelle Wechselwirkungen an. Beides zusammen muss dazu befähigen, mit Medien so umzugehen, wie es den selbst gesetzten Zwecken am dienlichsten ist. Die technologisch-mediale, die gesellschaftlich-kulturelle und die Interaktionsperspektive sind aus unserer Sicht idealerweise verzahnt, wenn Medienkompetenzangebote entwickelt werden. Die Politik kann diese Aufgabe nicht selbst übernehmen, aber Rahmenbedingungen für bessere Medienkompetenz-Förderungsstrukturen schaffen. Konkret setzen wir uns für eine Bundeszentrale für digitale und Medienbildung als Bund-Länder-Projekt ein. Vgl. dazu den Antrag unserer Bundestagsfraktion von 2020.

2) Mit der Verbreitung von Verschwörungsmythen, Fake News und rechter Ideologien wurde klar, wie wichtig Medienbildung auch für Erwachsene ist. Andererseits gab es aber auch Aufklärung durch politischen Medienaktivismus. Welche Förderungen der Medienbildung haben Sie für eine Teilhabe Aller im Blick?

Die in Antwort auf Frage 1 genannte Bundeszentrale für digitale und Medienbildung ist ausdrücklich als Angebot für alle Interessierten gedacht. Sie soll bestehende Angebote der digitalen und Medienbildung prüfen, bündeln und in der Breite bekanntmachen, Ideen und Erfahrungen vernetzen und die Evaluation von Projekten koordinieren. Was die Verbreitung von Verschwörungsmythen und Fake News betrifft, wollen wir die sozialen Netzwerke stärker in die Pflicht zu nehmen. Wir GRÜNE schlagen diverse Änderungen am Netzwerkdurchsetzungsgesetz vor. Die Meldewege für Beschwerden müssen für Nutzer*innen einfacher werden. Die Berichte der Social Media-Betreiber über Beschwerden müssen vergleichbar werden. Die Betreiber müssen gegen den missbräuchlichen Einsatz von Social Bots und Fake-Profilen aktiv werden und diese kennzeichnen. Und die Plattformen müssen datenschutzkonform und effektiv Daten für Forschung zur Verfügung stellen, um weitere Erkenntnisse über die Verbreitung von Hass und Desinformation zu gewinnen.

3) Wie kann die medienpädagogische/-didaktische Aus-/Fortbildung von Lehrpersonen nach den Erfahrungen der Pandemie effektiv realisiert werden? Wie kann pandemiebedingte „Digitalisierungsschub“ in der medienpädagogischen Professionalisierung aller pädagogischen Fachkräfte nachhaltig verankert werden?

Die von uns vorgeschlagene Bundeszentrale für digitale und Medienbildung soll nicht zuletzt die Arbeit von Lehrkräften erleichtern. Als niedrighschwellige Anlaufstelle für pädagogische Fachkräfte und Interessierte soll sie geeignetes Material zur Verfügung stellen, zu qualitätsgesicherten Bildungsangeboten verlinken und pädagogisch-didaktische Beratung anbieten. Zudem soll sie bei Bedarf schulische Entwicklungsnetzwerke unterstützen und über gelungene Beispiele aus der Praxis informieren.

4) Im 15. Kinder- und Jugendbericht wird auf die Bedeutung außerschulischer Jugendarbeit und die Herausforderungen angesichts der Digitalisierung hingewiesen. Welche Konzepte unterstützt Ihre Partei, um die Kinder- und Jugendarbeit bei der Begleitung von Jugendlichen für diese Aufgabe auszubauen?

Viele Kinder und Jugendliche wachsen mit Tablets, Smartphones und Co. auf – wir müssen sicherstellen, dass sie selbstbestimmt, sicher und gesund in der digitalen Welt groß werden. Wir GRÜNE stärken die digitale Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Bildungseinrichtungen und der Jugendhilfe mit Fortbildungen für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern. Wir werden Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von Hilfen zur Erziehung werden wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen sicherstellen und Räume für Jugendliche nachhaltig fördern.

5) Mit Facebook und anderen Digitalkonzernen haben sich Player etabliert, die über eine enorme Wirtschafts- und Meinungsmacht verfügen. Anders als der ö.r.-Rundfunk unterliegen diese aber keinerlei demokratischer Kontrolle. Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um die Folgen dieser Entwicklung einzuhegen?

Wir GRÜNE beobachten die Konsequenzen der zunehmenden "Plattformisierung" nicht nur wettbewerbsrechtlich, sondern auch im Hinblick auf die Medienvielfalt mit großer Sorge. Aus unserer Sicht ist es richtig, dass mit der jüngsten Novelle des Medienstaatsvertrags vielfaltssichere Vorgaben gemacht worden sind. So müssen die Plattformen in Zukunft eine größere Transparenz über die Funktionsweise ihrer Algorithmen (etwa bei Empfehlungen und Suchergebnissen) schaffen und für eine privilegierte Auffindbarkeit gesellschaftlich besonders relevanter Inhalte sorgen. Die Landesmedienanstalten sind mit der Umsetzung der neuen Vorgaben betraut. Diesen Prozess werden wir genau verfolgen und ggf. Nachbesserungen einfordern. Die Plattformregulierung wird darüber hinaus in vielerlei Hinsicht (Wettbewerbsrecht, Verbraucherschutz, Datenschutz, Jugendschutz, Medienfreiheit und -vielfalt) eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre werden.

6) Mit dem Allgemeinen Bemerkungen zu den Rechten der Kinder in Bezug auf das digitale Umfeld (CRC/C/GC/25) sind Rechte auf unbeschwerter Teilhabe, Schutz und Befähigung formuliert. Welche Maßnahmen wollen Sie vorantreiben für mehr Schutz durch Anbieter und für eine flächendeckende Befähigung?

Siehe Antwort auf Frage 4. Darüber hinaus werden wir GRÜNE sicherstellen, dass die Rechte und das Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen und maßgeblich berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können.

7) Wie positioniert sich Ihre Partei zu diversitätsgerechten Medienangeboten? Welche Lösungsstrategien für eine inklusive Medienbildung und die Überwindung der digitalen Spaltung sieht Ihre Partei vor?

Wir wollen, dass die Führungs- und Entscheidungsgremien der Wirtschaft, des Kulturbetriebs und der Medienlandschaft sich in ihrer Zusammensetzung der Demographie des Landes annähern. So sollten unserer Meinung nach beispielsweise in den Rundfunkräten als den Aufsichtsgremien der Sender alle gesellschaftlich relevanten Gruppen angemessen vertreten sein. Wir GRÜNE setzen uns zudem dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen gemeinsam mit nichtbehinderten Menschen leben, lernen und arbeiten können. Und wir wollen, dass private Medien und kommerzielle Websites soweit wie möglich barrierefrei gestaltet werden. Der digitalen Spaltung von städtischen und ländlichen Regionen wirken wir dadurch entgegen, dass wir den Breitbandausbau insbesondere dort voranbringen, wo die Versorgung bislang am schlechtesten ist: in den ländlichen Regionen.

8) Welche Schwerpunkte und Ergänzungen würden Sie in Fortführung der “Initiative Digitale Bildung” in pädagogischer Praxis und wissenschaftlicher Forschung setzen, um Bildungsinstitutionen in die Lage zu versetzen, eine zeitgemäße Bildung mit, in und über digitale Medien und Systeme umzusetzen?

Die Initiative digitale Bildung umfasst als Dachmarke die Bemühungen der Bundesregierung bei der Digitalisierung des Bildungswesens. Es wird eine zentrale Aufgabe sein, die begonnenen und angekündigten Vorhaben weiterzuentwickeln und in die Praxis umzusetzen. Einen Schwerpunkt legen wir auf die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, die Entwicklung niedrigschwelliger und hochwertiger Beratungsangebote und die Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule, der neben der Förderung der technischen Infrastruktur auch die professionelle Administration und Wartung umfassen muss. Mit einer Bundeszentrale für digitale Bildung wollen wir den Weg ebnen, damit Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern den digitalen Wandel selbstbestimmt, kompetent und kritisch gestalten können. Im Rahmen der empirischen Bildungsforschungsförderung wollen wir GRÜNE nicht nur die Wirkung der Digitalisierungsprozesse selbst, sondern wesentlich stärker als bisher auch deren Potenziale zum Abbau von Bildungsbenachteiligungen fokussieren.